

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/45

6. März 1975

Das Gebot der Stunde

Energische Aufklärungsarbeit und nachdrückliche Durchsetzung des staatlichen Strafanpruches

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB
Vorsitzender des Sonderausschusses des Bundestages
für die Strafrechtsreform

Seite 1 / 39 Zeilen

Die Regierung schweigt nicht

Aktivitäten gegen den Mißbrauch von Drogen und Rauschmitteln

Von Fred Zander MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 2 / 38 Zeilen

Schwarzer Hut mit roten Federn

Enttarnte "Leistungen" der Kohl-Regierung in Rheinland-Pfalz

Von Klaus Immer
MdB des Wahlkreises 148 Neuwied

Seite 3 und 4 / 83 Zeilen

Hartnäckigkeit hat sich gelohnt

Kurs für die Reform der beruflichen Bildung abgesteckt

Seite 5 und 6 / 78 Zeilen

Die Todesstrafe und die CSU

Hinter Jaeger steht allein die Strauß-Parteiführung

Seite 7 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 + 38
Telex: 98 88 846-48 ppba d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Das Gebot der Stunde

**Energetische Aufklärungsarbeit und nachdrückliche
Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches**

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Vorsitzender des Sonderausschusses des Bundestages für die Strafrechtsreform

Die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz hat jedem vielleicht noch Zweifelnden mit letzter Klarheit deutlich gemacht, daß die unter dem Deckmantel politischer Überzeugung handelnden Terroristen entschlossen sind, ihre verbrecherischen Ziele mit den Mitteln des Unrechts und der Gewalt durchzusetzen.

Unser demokratischer Rechtsstaat wird mit dieser Belastungsprobe fertig werden. Der Bundestag hat, als die ersten Fälle der Geiselnahme und der Flugzeugentführungen im Jahre 1971 in der Bundesrepublik bekannt geworden sind, sehr schnell gehandelt. Er hat den deutschen Gerichten bereits im Dezember 1971 Gesetze an die Hand gegeben, die es ermöglichen, schwere und harte Strafen bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe und Maßregeln der Besserung und Sicherung auszusprechen. Die von einzelnen Unions-Politikern erhobene Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe bringt uns in keiner Weise weiter. Die in Frage kommenden Terroristen sind nämlich unter Mißachtung ihres eigenen Lebens zu ihren verbrecherischen Taten entschlossen und lassen sich auch nach allen gemachten Erfahrungen durch die Todesstrafe nicht abschrecken.

Die wichtigste Folgerung aus der Entführung von Peter Lorenz muß sein, die Methoden der Verfolgung und Aufklärung solcher Straftaten durch unsere Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden weiter so zu verbessern, daß der verbrecherischen Tat die Festnahme der Täter unmittelbar auf dem Fuße folgt. Dies ist die denkbar beste Abschreckung. In diesem Sinne hat die sozialliberale Koalition durch entsprechende Gesetze dafür gesorgt, daß der Bundesgrenzschutz vorbeugend (Wachdienst auf Flughäfen und Objektschutz) und auch im Terrorfall gegen Terroristen vorgehen kann. Die Bundesregierung hat inzwischen besonders ausgebildete Spezialeinheiten gegen Terroristen aufgestellt. Außerdem wurde das Bundeskriminalamt durch erhebliche personelle und materielle Verbesserungen zu einer Zentralbehörde der Bekämpfung der Kriminalität ausgebaut. Das Bundeskriminalamt hatte 1969 nur 933 Personalstellen; heute sind es 2.212. Der Jahresetat des Bundeskriminalamtes betrug im Jahre 1969 nur 22,4 Millionen DM; heute ist er auf 128 Millionen DM angewachsen.

Über 80 Polit-Terroristen befinden sich bereits in Haft, und es steht zu erwarten, daß weitere Täter festgenommen und auf dem Boden unserer Rechtsordnung ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Nicht das Schüren von Mysterie und Emotionen, sondern nüchterne, konsequente und energische Aufklärungsarbeit der zuständigen Verfolgungsorgane und nachdrückliche Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches gegen die Polit-Terroristen sind das Gebot der Stunde.

(-/6.2.1975/bgy/ee)

Die Regierung schweigt nicht

Aktivitäten gegen den Mißbrauch von Drogen und Rauschmitteln

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit

Die CDU/CSU-Opposition hat durch ihren Abg. Hermann Kroll-Schlüter der Regierungskoalition vorgeworfen, sie hätte durch die Ablehnung eines Antrages zur Feststellung des Bestandes und des Fehlbestandes an Einrichtungen und Mitarbeitern auf dem Gebiet der Drogenberatung sowie der Behandlung gefährdeter oder abhängiger junger Menschen zu erkennen gegeben, daß sie weder bereit noch in der Lage sei, auf diesem noch immer sehr ernstem Gebiet die notwendigen Maßnahmen mit der gebührenden Intensität durchzuführen. Dies ist unzutreffend; dennoch aber bereuscht die Opposition sich immer wieder an dieser Behauptung.

Eine Bestandaufnahme der geforderten Art gibt es bereits. Sie wurde im Zusammenhang mit den Arbeiten für eine Enquete über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik erhoben. Zurzeit ist es jedoch noch nicht möglich, den Fehlbestand mit genügender Genauigkeit zu ermitteln, weil es bislang keine Richtzahlen über die Versorgung drogengefährdeter und -abhängiger Personen gibt und zudem der Meinungsstreit über eine "Therapievielfalt auf dem Gebiet der Behandlung" noch keine ausreichende Klärung gebracht hat. Damit fehlt also die fachliche Grundlage für einen Orientierungsrahmen, mit dem sich ein Fehlbestand ermitteln ließe. Deshalb ist es nicht möglich, den auf Bestand und Fehlbestand ausgerichteten Antrag zu erfüllen. Nur deshalb wurde er abgelehnt. Die inhaltlich angesprochene Aufgabe wird sich im Gesamtrahmen zur Reform der Versorgung psychisch kranker Menschen stellen und dort gelöst werden müssen. Deshalb wurde es für wichtig gehalten, den Antrag inhaltlich in diesen Rahmen einzupassen.

Die Ablehnung des Antrages der CDU/CSU-Fraktion sagt überhaupt nichts über die Aktivitäten der Bundesregierung auf dem angesprochenen Gebiet aus, die weiterhin mit großer Intensität und auf vielen Teilgebieten betrieben werden. Zu nennen ist insbesondere das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs vom November 1970. Schwerpunkte sind darin unter anderem die gesundheitliche Aufklärung und die Weiterentwicklung der Hilfen für Gefährdete und Abhängige.

Seit Einbringung des Antrages sind zwei kleine Anfragen aus den Reihen der CDU/CSU und eine ganze Anzahl mündlicher Fragen zu diesem Themenbereich im Bundestag beantwortet worden. Es hätte also bereits genügt, wenn der CDU-Abg. Kroll-Schlüter sich in seiner eigenen Fraktion einmal sachkundig gemacht hätte. Dann hätte er nämlich erfahren, daß die Bundesregierung auf diesem Gebiet keineswegs schweigt. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hat Gelegenheit genommen, soweit es dazu Ansetze gab, umfassend über die bestehende Situation und die entsprechenden Maßnahmen zu informieren.

(-/ 6.2.1975/ks/ee)

Schwerzer Hut mit roten Federn

Enttarnte "Leistungen" der Kohl-Regierung in Rheinland-Pfalz

Von Klaus Immer

MdB des Wahlkreises 148 Neuwied

Wenn der rheinland-pfälzische CDU-Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl die Bundesregierung in Bonn und insbesondere die Sozialdemokratische Partei schlechtmachen kann, ist ihm jedes Mittel recht. Hatte er schon vor dem Volksentscheid am 19. Januar in Rheinland-Pfalz etwa eine Million DM aus Steuermitteln aufgewendet, um in Großenzeilen und Beilagen die sozialdemokratisch regierten Nachbarländer Hessen und Nordrhein-Westfalen zu diffamieren, so wendet er weitere Steuermittel auf, um in der Presse, aber auch in Postwurfsendungen den Eindruck zu erwecken, daß Rheinland-Pfalz das einzige stabile Land sei, das sich allerdings nur mit Mühe den chaotischen Entwicklungen in der Bundesrepublik und in den benachbarten Bundesländern entziehen könne. Kohl versucht den Wählerinnen und Wählern, die am 9. März an die Urnen gehen, einzureden, daß "die Politik der SPD die Grundwerte unseres Staates: Freiheit, Chancengerechtigkeit, Solidarität, Leistung und Stabilität" gefährde. Aber wenn er in einem weiteren Absatz seines Wählerbriefes schreibt, daß "Unsicherheit ... schon immer der beste Nährboden für Demagogen und Umstürzler gewesen" sei, dann hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Heuchlerisch spricht er davon, "daß die Verteufelung des Andersdenkenden das politische Klima vergiftet".

In Rheinland-Pfalz ist nach Kohls Meinung alles zum besten gestellt. Er gibt zwar zu, daß in früheren Jahren das "Grenzland Rheinland-Pfalz vernachlässigt..." wurde, doch habe es "den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung der übrigen Bundesrepublik gefunden". Damit gibt er, ohne es zu wollen, zu, daß eben in der Vergangenheit die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die regionale Wirtschaftsstruktur, in den Nachbarländern durch eine erfolgreiche sozialdemokratische Landespolitik erheblich verbessert worden ist. Wenn er allerdings feststellt, daß das Land Rheinland-Pfalz "heute an erster Stelle im Wachstum..." stehe, und "das Sozialprodukt überdurchschnittliche Zuwachsraten aufweise", dann spekuliert er nur darauf, daß weite Teile der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz infolge der früheren kleinkarierten Schulpolitik in den ein- und zweiklassigen Volksschulen nicht bis zur Prozentrechnung vorgedrungen sein könnten.

Sicher ist, daß der statistische Vergleich zwischen den Flächenstaaten in der Bundesrepublik ausweist: Rheinland-Pfalz bildet nach wie vor mit dem Saarland und Schleswig-Holstein das Schlußlicht in der Entwicklung. Ob es die Daten der Sicherheit, d.h. die personelle Besetzung der Polizeistationen, ist, ob es das Lehrer-Schüler-Verhältnis ist, ob es die Zahl der Abiturienten ist oder die Zahl der landwirtschaftlichen Kümmerbetriebe und der ungelerten Arbeiter: Rheinland-Pfalz hat, in echten Zahlen ausgedrückt eine traurige Bilanz vorzuweisen. Man braucht nur in das Bundesraumordnungsprogramm hineinzuschauen, um die Fehl- oder Nichtentwicklungen zu erkennen.

Darum muß sich Dr. Kohl auch mit fremden Federn schmücken. Der einzige Schmuck, den er vorweisen kann, sind die roten Federn an seinem schwarzen Hut. Denn, wenn er Leistungen des Landes Rheinland-Pfalz nennen soll, führt

er an erster Stelle die Bundesautobahnen auf, die zu 100 vH vom Bund finanziert werden. Danach kommen die Bundesfernstraßen, die ebenfalls zu 100 vH Bundesleistungen sind, und dann folgen all die anderen Leistungen, die zum Überwiegenden Teil aus der Bundeskasse finanziert werden: Förderung der Landwirtschaft, Stadteanierung und Modernisierungsprogramm, Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Leistungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Ohne die Spritzen des Bundes, die in den letzten fünf Jahren über sechs Milliarden DM betragen, und ohne die Leistungen der reicheren Nachbarbundesländer, wäre Rheinland-Pfalz überhaupt nicht lebensfähig. Würde aber Dr. Kohl auf die roten Federn verzichten, käme nur ein schäbiger alter Hut zum Vorschein. Es bleibt eben nicht mehr viel übrig von den echten Leistungen des Landes Rheinland-Pfalz.

Aber der Bürger sollte sich sehr genau anschauen, was sich dieses Kohl-regierte Land "leistet". Weil Bund und Nachbarländer so viel zahlen, leistet sich Rheinland-Pfalz den Luxus, als eines der kleinsten Länder in seiner Landesvertretung einer der größten Beamtenapparate in Bonn zu haben. Rheinland-Pfalz steht hier an zweiter Stelle - Parkinson würde vor Neid erblasen! Rheinland-Pfalz leistet sich im Lande, bezogen auf die Bevölkerung, den größten Beamtenapparat. Was noch viel schlimmer ist, es wirft das Geld, sauer erarbeitete Steuermittel, mit vollen Händen heraus: Fehlplanung im Kurzentrum Rengersdorf mit einer Mehrausgabe von rd. zehn Millionen DM, ohne Hoffnung, die Menachen anlocken zu können, die für ein solches Kurzentrum zahlen sollen. Zwangsversteigerung des Schlosses Hachenburg, das mit Zuschüssen der Landesregierung in Millionenhöhe eine totale Fehlinvestition darstellte. Förderung des Kurbads Mönningen als in der Bundesrepublik einzige Kombination von Kur- und Fremdenverkehrsschwerpunkt mit Standort in umweltbelastender chemischer Industrie.

Der CDU-Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl leistet sich darüber hinaus einen Polizeiminister, der dem Bundesinnenminister Untätigkeit vorwerfen darf, selbst aber seine Polizeistationen, insbesondere auf dem flachen Land, personell so schlecht ausstattet, daß sich kriminelle Elemente aus dem besser gesicherten Nordrhein-Westfalen zunehmend in sein immer unsicherer gewordenes Land zurückziehen. Es darf durchaus vermutet werden, daß der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß, ohnehin ein unnachsichtiger Kohl-Rivale, mit seiner Passauer "Gauertell"-Schelte allein das Land Rheinland-Pfalz gemeint haben muß. Übrigens: Rheinland-Pfalz befindet sich beim Arbeitslosenanteil in der Spitzengruppe der Bundesländer. Hier stimmt sogar das Wort von der überdurchschnittlichen Wachstumsrate. Hier werden die Versäumnisse in der Entwicklung des Landes durch die allzu lange regierende CDU schmerzlich für den Bürger sichtbar.

Der Sozialdemokratischen Partei geht es darum, die Filzokratie der CDU endlich zu beseitigen, damit die Sterilität dieser Partei und ihrer Regierung die Chancen des Landes zu Ungunsten der Bürger nicht weiter verwirtschaften kann. Die Sozialdemokraten setzen alles daran, um dem Kohl seine schwarze Suppe zu versalzen. Es gibt nur eine Alternative in Rheinland-Pfalz: Mit Wilhelm Dröschner sind die Sozialdemokraten mit Sicherheit besser für das Land Rheinland-Pfalz; zumal Dr. Kohl ein falsches Spiel mit den Wählern treibt: er will ja gar nicht in Rheinland-Pfalz bleiben.

(-/6.3.1975/ks/ee)

+ + +

Hartnäckigkeit hat sich gelohnt

Kurs für die Reform der beruflichen Bildung abgesteckt

Die Auseinandersetzung um den Gesetzentwurf für die Reform der beruflichen Bildung hat länger gedauert, als die Optimisten gehofft hatten. Sie ist aber auch schneller zu einem guten Ende gekommen als die Verzögerungstaktiker gewünscht, die Skeptiker befürchteten hatten: Der Entwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz liegt vor und wird - ein erfolgreich verteidigtes Datum - am 16. April das Bundeskabinett so rechtzeitig verlassen, daß er noch vor Beginn der sommerlichen Parlamentsferien durch die Erste Lesung des Bundestages gehen kann.

Damit hat Bundesbildungsminister Helmut Rohde der Vernunft zum Durchbruch verholfen. Die 75 vH aller Jugendlichen, die über die berufliche Bildung in das Arbeitsleben eintreten, können hoffen, daß ihre Bildungs- und Ausbildungsinteressen zukünftig nicht länger Mauerblümchen der Bildungspolitik bleiben. Denn die Regelungen des neuen Gesetzes bringen die von Rohde seit langem geforderten längerfristig wirksamen Steuerungsinstrumente. Zukünftig können Ausbildungsprobleme an der Wurzel eingepackt und gelöst werden, anstatt sie nur von Konjunkturtal zu Konjunkturtal zu verschieben. Die alljährlichen Sorgen von Schulabhängern und ihren Eltern, einen Ausbildungsplatz zu finden, sind keine Spekulationsmasse mehr, wenn das neue Gesetz in Kraft getreten ist.

Denn das Gesetz sieht vor, daß ständig 12,5 vH mehr Ausbildungsplätze vorhanden sein müssen, als nachgefragt werden. Dieser Angebotsüberhang darf nicht unterschritten werden. Andernfalls wird bei allen Firmen und öffentlichen Arbeitgebern, deren Lohn- und Gehaltssumme 400.000 DM (etwa 20 Beschäftigte) übersteigt, eine Umlage von 0,25 vH der Lohn- und Gehaltssumme erhoben. Mit diesen Mitteln können dann die Anreize geboten werden, die den Angebotsüberhang bei den Ausbildungsplätzen wiederherstellen, oder - falls nötig - überbetriebliche Ausbildungsstätten in regional oder sektoral benachteiligten Gebieten unterhalten werden. Damit hat der Staat das vom Bundesbildungsminister beständig geforderte Instrument erhalten, das Ausbildungsplatzangebot überbetrieblich zu finanzieren und nach gesellschaftspolitischen und nicht allein wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszusteuern. Das liegt auch im Interesse der Wirtschaft, die international nur mithalten kann, wenn sie sich immer und überall auf ein breites Fundament qualifiziert ausgebildeter Facharbeiter zu stützen vermag.

Eine weitere Grundvoraussetzung für eine Reform der beruflichen Bildung war für Rohde die Forderung nach besserer Planung und Vorausschau, damit das abenteuerliche Herumstochern im Dunkeln unsicherer und unvollständiger Zahlen

und Daten endlich aufhört. Das neue Gesetz erfüllt diese Forderung, indem es die an der beruflichen Bildung Beteiligten verpflichtet, ihre Zahlen bekannt zu geben, die denn auf Bundesebene gesammelt, aufbereitet und von der Bundesregierung zur Grundlage des im neuen Gesetz vorgeschriebenen Berufsbildungsberichts gemacht werden. Mit diesem Bericht wird der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft jedes Jahr die Öffentlichkeit - vor allem die Jugendlichen und ihre Eltern - über die Ausbildungsplatzsituation und die Entwicklung der beruflichen Bildung informieren. Hier wird er auch feststellen, ob der verlangte Überhang beim Ausbildungsplatzangebot noch besteht oder ob und welche Hilfen eingeleitet werden müssen.

Hartnäckig hat Bundesbildungsminister Rohde darauf bestanden, die berufliche Bildung neu zu organisieren, um die für diesen Bereich Verantwortlichen - also den Bund für die Ausbildungsordnungen der betrieblichen Ausbildung und die Länder für die Rahmenlehrpläne der Berufeschulen - mit den an der beruflichen Bildung Beteiligten - also den Arbeitgebern und den Gewerkschaften als Vertretern der Arbeitnehmer - an einem Tisch zu versammeln. Damit hat er sich durchgesetzt. Im neu zu schaffenden Bundesinstitut für Berufsbildung laufen alle Stränge aus den verschiedenen Bereichen der beruflichen Bildung auf Bundesebene zusammen. So kann in Zukunft endlich ein in sich schlüssiges und abgestimmtes System beruflicher Bildung geschaffen werden. Dort können unter staatlicher Verantwortung die Ausbildungsinteressen der Wirtschaft und der Auszubildenden nach den jeweils letzten pädagogischen, methodischen und organisatorischen Erkenntnissen aufeinander abgestimmt werden.

Bei all seinen Anstrengungen ging es Rohde durchaus nicht um "Verstaatlichung", "Bürokratisierung" oder "Verschulung" der beruflichen Bildung, wie polemisch immer wieder behauptet wurde und noch wird. Ihm ging es vor allem darum, die berufliche Bildung zu verbessern, die bisher vernachlässigt hinter der Reform der übrigen Bereiche unseres Bildungssystems nachhinkt. Und ihm ging es darum, die Zukunftsaussichten der arbeitnehmenden Mehrheit unserer Bevölkerung zu verbessern, die von diesem Bereich wirtschaftlich und sozial unmittelbar abhängt. Deswegen war seine Hartnäckigkeit bei den Fragen der Finanzierung und der Organisation Mittel zum Zweck: die berufliche Bildung, die Aus- und Weiterbildung inhaltlich so zu verbessern, daß dieser Bildungsbereich gleichrangig und gleichwertig in das Gesamtbildungssystem hineinwachsen kann. Dieser Teil des neuen Gesetzes ist deswegen für den einzelnen Bürger von zentraler Bedeutung.

Mit dem Gesetz hat Bundesbildungsminister Helmut Rohde Kurskorrekturen zugunsten der beruflichen Bildung eingeleitet und Weichen gestellt, über die der Zug der beruflichen Bildung die Lehrlinge und Berufeschüler aus dem Abseits in den Mittelpunkt bildungspolitischer Entwicklungen fährt.

Peter Otten
(-/6.3.1975/ka/ee)

+ + +

Die Todesstrafe und die CSU

Hinter Jaeger steht allein die Strauß-Parteiführung

Die CDU hat recht schnell dafür gesorgt, daß ihr zumindest als Partei nicht die Todesstrafen-Forderung angelastet werden kann, für die sich außer dem in dieses Verlangen verbissenen CSU-Abg. Dr. Richard Jaeger zum größten Unbehagen des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses auch der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger ausgesprochen hatte. Immerhin gibt es, wenn bemerkenswerterweise auch zahlreiche prominente Aussagen fehlen, doch schon die Abwehrklärungen von Dr. Helmut Kohl, Heinrich Köppler und insbesondere von Peter Lorenz, so daß die CDU-Führung vor allem für die Innere-Sicherheits-Debatte des Bundestages in der nächsten Woche erheblichen Ballast abgeworfen hat, der ihr eigentliches Anliegen schwer beeinträchtigt hätte.

Umso deutlicher wird jetzt aber, daß dieser Jaeger-Ruf nach der Todesstrafe, der sogar in der Springer-"Welt" zurückgewiesen wurde, nicht das Anliegen eines Außenseiters in der CSU, sondern ganz offensichtlich eine Sache der Christlich-Sozialen Union als ~~ganze~~ ist. Überraschend hat sich nämlich der bayerische Innenminister Dr. Bruno Mark, dem seine Kollegen aus den anderen Bundesländern doch eigentlich Sachlichkeit und realitätsbezogene Vernunft zubilligen, die Forderung Jaegers für sich übernommen. Wer die Hierarchie-Verhältnisse in der bayerischen CSU kennt, der weiß, daß dort und in der von ihr beherrschten Münchner Landesregierung immer noch nichts von Belang geschehen kann, was nicht zuvor das Placet von Strauß gefunden hat.

Man kann also außerhalb der CSU davon ausgehen, daß hinter dem Todesstrafen-Schrei Jaegers die ganze CSU und auch ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß stehen. Diese Tatsache soll als wichtiger und gewichtiger Aspekt bei der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagsdebatte über die innere Sicherheit nicht vergessen werden. Und man sollte auch daran denken, daß der nach der Todesstrafe rufende Bundestags-Vizepräsident Dr. Jaeger - der im Übrigen seinen Eid auf das Grundgesetz abgelegt hat, das die Todesstrafe für "abgeschafft" erklärt - bei der Debatte über die Reform des § 218 eine ganz andere Position eingenommen hat.

Dort sah er in der Fristenlösung und auch in der Indikationsregelung "die staatliche Sanktion der Tötung menschlichen Lebens" (wörtlich in der ARD-Sendung "Bericht aus Bonn" vom 22. März 1974). Wenn das schon seine Überzeugung ist: Will er, und die CSU, für die er spricht, jetzt die Tötung menschlichen Lebens sanktionieren? Oder was meint er - und mit ihm die CSU - wirklich ?
(ee/6.3.1975/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert